

Mannheim: Bislang keine Arbeit für Richter wegen Klagen zum NATO-Gipfel

Mannheim. Der NATO-Gipfel Anfang April beschert den Verwaltungsgerichten im Südwesten bislang keine Arbeit. Es lägen noch keine Klagen im Zusammenhang mit dem Gipfel Anfang April in Baden-Baden vor, sagte ein Sprecher des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) heute in Mannheim. Denkbar wären Beschwerden gegen Auflagen bei Demonstrationen. Die Verwaltungsgerichte in Freiburg und Karlsruhe sowie der VGH als zweite Instanz seien sensibilisiert, so dass auch kurzfristige Entscheidungen am Wochenende des Gipfels möglich seien. Rund um das Treffen der NATO-Regierungschefs am 3. und 4. April in Baden-Baden, Kehl und Straßburg werden 14 600 Polizisten eingesetzt, etwa 6600 von ihnen aus Baden-Württemberg. Neben einem Flugverbot für Klein- und Modellflugzeuge im Rheingraben sowie rund um Baden-Baden und Kehl sind Straßensperrungen geplant. Zudem gibt es Sicherheitszonen. So ist es am Kehler Rheinufer und in einer Sperrzone in Baden-Baden vom 3. April an bis etwa Samstagmorgen (4. April) nur in Polizeibegleitung möglich, das Haus zu verlassen. (dpa)